

Brennpunkt

Seit 1989 informiert die HIS Hochschul-
Informations-System GmbH vierteljähr-
lich im HIS Mitteilungsblatt über Themen
aus dem Arbeitsgebiet Arbeits- und Um-
weltschutz. Dies bleibt auch weiterhin so,
was sich jetzt ändert, ist das Layout des
Mitteilungsblatts.



Erste Ausgabe des HIS Mitteilungsblatts Nr. 0/1989

Auf den ersten Blick erkennbar: Wir ha-
ben das Erscheinungsbild modernisiert
und in das Design-Gesamtkonzept von HIS
eingepasst. Aber es hat sich noch mehr ge-
tan.

Seit 18 Jahren erscheint das HIS Mitteilungsblatt als vierteljährliche Information für das Fachpersonal im Arbeits- und Umweltschutz in den Hochschulen. Als im Oktober 1989 das erste HIS Mitteilungsblatt „Gefährliche Stoffe und Abfälle in Hochschulen“ erschien, wurde es schnell ein Erfolg. HIS reagierte seinerzeit auf den erkannten Informationswunsch der Hochschulen zum sicheren Umgang mit Ge-

fahrstoffen und Sonderabfällen. Das Ziel von HIS war es, die Hochschulen frühzeitig über anstehende „Aufgaben“ zu informieren und praxistaugliche Umsetzungshilfen zu liefern.

Die oben genannten Themenkomplexe haben dann viele Jahre die Diskussion dominiert. In dem Maße, wie in diesen Bereichen Organisation und technisch/bauliche Ausstattung optimiert wurden, kamen andere Themen auf die Agenda. Der Informationsbedarf im Bereich Sonderabfall wick dem im Bereich Gewerbeabfall und der Bereich Gefahrstoffe wird heute (nur noch) thematisiert, wenn rechtliche Vorgaben einen Handlungsbedarf veranlassen. Stattdessen rückten spezielle Organisations- und Managementfragen im Arbeits- und Umweltschutz, Möglichkeiten der Ressourceneinsparung und Aspekte der Gesundheitsförderung und Nachhaltigkeit in den Fokus. Aber auch in diesen Bereichen kehrt teilweise schon Routine ein. Unabhängig davon existiert immer ein Informationsbedarf auf allen Gebieten des Arbeits- und Umweltschutzes, wenn Änderungen in der Rechtssetzung technische, bauliche oder organisatorische Konsequenzen bedingen oder wenn neue, innovative Themenstellungen aufkommen. Genau diese Entwicklung spiegelt das HIS-Mitteilungsblatt mit seinen Beiträgen wieder.

Der Siegeszug der elektronischen Medien hat dann die Ausrichtung des HIS-Mitteilungsblatts noch einmal verändert. Mit der erfolgreichen Etablierung des HIS-Newsletters zum Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz an Hochschulen im April 2004 war nicht mehr reine Informationsweitergabe die wesentliche Intention: Diese liegt jetzt verstärkt beim HIS-Newsletter, das HIS-Mitteilungsblatt liefert

eher Hintergrundinformationen, gibt Meinungen wieder und will für die Darlegung von Entwicklungen ein Diskussionsforum bieten. Dieser neuen Zielsetzung haben wir auch durch Interviews mit Experten Rechnung getragen.

Nur eine Frage der Zeit war es, den Titel den faktischen Gegebenheiten anzupassen. Ein bekannter Markenname sollte nur mit Vorsicht geändert werden - jetzt ist der neue Titel HIS Mitteilungsblatt Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz aber konsistent mit dem Inhalt.

Heute drucken wir das HIS-Mitteilungsblatt in einer Auflage von 1.700 Exemplaren und halten es im pdf-Format im Internet vor. Eine Auswertung der Serverstatistik hat ergeben, dass monatlich bis zu 600 Aufrufe der aktuellen Ausgabe erfolgen. Wir erreichen mit einem Verteiler von ca. 650 via Post alle Hochschulen und Länderministerien für Wissenschaft sowie alle Landesunfallkassen. Das HIS-Mitteilungsblatt ist fest integriert in unser Informationskonzept: Seminare, Newsletter, konzeptionelle Grundlagenarbeit sowie Einzelberatung vor Ort.

Wir würden uns sehr freuen, wenn Sie auch weiterhin durch Ihre inhaltlichen konstruktiven Rückmeldungen zum Informationsaustausch und damit zum Erfolg des Konzepts beitragen. (jm)

AUS DEM INHALT

- Brennpunkt
- Gremien
- Seminare
- Aus den Ländern
- Recht / Regelwerk
- Materialien

■ Gremien

Hochschulausschuss der KMK

HIS hat im September 2006 den 3. Evaluationsbericht zum Tätigkeitsfeld Regulierungsprävention erstellt. Der Bericht wird auf der Sitzung des Hochschulausschusses der KMK am 12. und 13. Oktober 2006 auf der Tagesordnung stehen. HIS wird über die weitere Entwicklung dieses Aufgabenbereichs berichten. (jm)

Herbsttagung des AMEV

Auf der Herbstsitzung des Arbeitskreises Maschinen- und Elektrotechnik staatlicher und kommunaler Verwaltungen (AMEV), die vom 21. bis 22. September in Nürnberg stattfand, wurden die neuen Empfehlungen zu Planung, Ausschreibung und Betrieb von Aufzugsanlagen (Aufzug 2006), Vertragsmuster für die Instandhaltung sowie andere Leistungen für Aufzugsanlagen (Aufzug-Service 2006) und Vertragsmuster für die Instandhaltung von technischen Anlagen und Einrichtungen (Instandhaltung 2006) vorgestellt. Sie enthalten u. a. Mustervorlagen (z. B. Gefährdungsbeurteilungsschema in Aufzug 2006), die z. T. auch als Datei (auf CD-ROM) für den praktischen Einsatz zur Verfügung gestellt werden.

Noch in diesem Jahr erscheinen voraussichtlich die Empfehlungen Beleuchtung 2006 und Wartung 2006. Weitere Empfehlungen zu Elektrischen Anlagen, Ersatzstrom sowie zur Prüfung von Gasanlagen stehen kurz vor der Veröffentlichung.

Hauptthema der Sitzung war der Energieausweis für Gebäude, hier insbesondere die verbrauchsbezogene Version.

Mehr Informationen auch auf den Internetseiten des AMEV: <http://www.amev-online.de>. (rp)

■ Seminare

Vorschau

Forum Arbeitssicherheit 2007

»SIFA in die Pole-Position: Immer mehr Unternehmen und Kommunen fassen ihre Schutz- und Sicherheitsbereiche, die so genannten S & S-Ressorts, zusammen. Dabei gibt es in der Praxis unterschiedliche Modelle. Allerdings ist ein Trend unverkennbar: Immer häufiger werden Aufgaben aus dem Bereich Security der Fachkraft für Arbeitssicherheit übertragen. Dies stößt oft auf wenig Gegenliebe, denn viele Fragen sind beim Integrationsprozess von „safety + security“ noch ungeklärt: Rechtliche hinsichtlich der Weisungsbefugnis, Verantwortung und Haftung des S & S-Personals, technische bezogen auf die Integration der Gefahrenmeldesysteme in die Gebäudeleittechnik und organisatorische im Zusammenhang mit der Mehrfachnutzung der S & S - Anlagen. „Vor allem steht das Problem der fachlichen Vorbereitung“, erläutert Michael Sigesmund, Vorstand der International Security Academy (ISA), „denn den Werkschutz oder die Aufgaben eines Brandschutzbeauftragten oder eines Baustellenkoordinators kann man nicht mal, so eben‘ übernehmen.“«

Besser als die BAUA in der Ausgabe Nr. 3 (2006) von baua: Aktuell, S.11 kann ein gegenwärtiger Trend nicht formuliert werden. Bereits auf dem Forum Arbeitssicherheit 2005 in Clausthal-Zellerfeld wurde spontan, aber intensiv und emotional die Verknüpfung von „safety + security“ in Hochschulen diskutiert. Grundtenor war: Hier kommt etwas auf die Hochschulen zu, vorbereitet sind aber die wenigsten. Grund genug für HIS, das Thema auf dem Forum Arbeitssicherheit 2007 auf die Tagesordnung zu setzen. Zur Vorbereitung bitten wir diejenigen Hochschulmitarbeiter, die bereits Erfahrungen mit der Verknüpfung von „safety + security“ gemacht haben, sich mit HIS in Verbindung zu setzen. (jm)

Rückblick

Forum Arbeitssicherheit 2006

Vom 25. bis 27.09.2006 fand das Fachkooperationsseminar von HIS und LUK Niedersachsen an der TU Clausthal statt. Mehr als 100 Teilnehmer diskutierten aktuelle Fragen des Brandschutzes und der Umsetzung der Gefahrstoffverordnung in Hochschulen. HIS wird über das Thema Brandschutz ausführlicher berichten.

Zum Thema Umsetzung der Gefahrstoffverordnung bleibt festzuhalten, dass durch einzelne Länderaktivitäten Umsetzungshilfen für Hochschulen vorliegen (siehe auch aus den Ländern). Das Zustandekommen dieser Umsetzungshilfen ist in hohem Maße engagierten Einzelpersonen zu verdanken.

Auf eine Enttäuschung müssen sich wohl alle diejenigen einstellen, die mit einer baldigen Veröffentlichung der Laborrichtlinien rechnen. Der AGS hat die wohl fertig erarbeiteten Laborrichtlinien nicht verabschiedet; Insider gehen jetzt davon aus, dass – vor dem Hintergrund der aktuellen politischen Diskussion – die Laborrichtlinien nicht in absehbarer Zeit verabschiedet werden. (ih)

■ Aus den Ländern

Hamburg

Die Landesunfallkasse Hamburg unterstützt Hamburger Hochschulen darin, praxisgerechte Lösungen zur Erfüllung der Messverpflichtung laut § 11 GefStoffV für Tätigkeiten mit KMR-Stoffen zu finden. Die Messstelle der LUK HH hat bei ausgewählten präparativen Tätigkeiten Expositionsmessungen im Atembereich der experimentierenden Personen in Hochschullaboratorien durchgeführt. Wegen fehlender AGW für KMR-Stoffe macht es bis zur Veröffentlichung von AGWn Sinn, die Bestimmungsgrenze des validierten Messverfahrens als Maßstab zur Beurteilung der Arbeitsplatzexposition heranzu-

ziehen. Das Zwischenfazit lautet: Die Bestimmungsgrenze der Messverfahren wird nur dann sicher unterschritten, wenn eine gute Laborpraxis und -technik angewendet wird.

Somit wird zur Diskussion gestellt, auf Expositionsmessungen in Schutzstufe 4 nur dann zu verzichten, wenn nach den bewährten Regeln der Technik gearbeitet wird, bei denen die Gefahr einer Exposition eingeschränkt ist, u.a.

- allgemeine Gefährdungsbeurteilung als Grundlage vorhanden,
- Verzicht auf Substitution schriftlich begründen,
- Verwendung kleiner Mengen oder großer Verdünnung,
- nutzen technisch einwandfreier bzw. regelmäßig gewarteter Ausstattung,
- wiederholte Unterweisung in und Kontrolle der guten Laborpraxis,
- Notfallmaßnahmen einüben,
- Abgrenzung und Kennzeichnung des unmittelbaren Arbeitsbereichs,
- Kontaminationen verhindern bzw. beseitigen,
- weitere Tätigkeiten im selben Abzug möglichst vermeiden,
- Freigabe des unmittelbaren Arbeitsbereichs erst nach Reinigung,
- keine offene Flamme im unmittelbaren Arbeitsbereich,
- Rauchverbot im Labor ist selbstverständlich.

➔ *Frau Dr. H. Niemann,*
heike.niemann@luk-hamburg.de

Niedersachsen

Auf Initiative von HIS, der Landesunfallkasse Niedersachsen und dem Arbeitskreis Umweltschutz und Arbeitssicherheit an den Hochschulen im MWK Hannover wurde eine Arbeitshilfe von einer Facharbeitsgruppe unter Beteiligung von Behördenvertretern, Hochschulen und Chemieunternehmen unter Vorsitz des Niedersächsischen Ministeriums für Soziales, Frauen, Familie und Gesundheit erarbeitet. Die Arbeitshilfe trägt den Namen „Gefahrstoffmessungen und Messverpflichtung gemäß §§ 10, 11

Gefahrstoffverordnung (GefStoffV) – Leitfaden zur Umsetzung in Hochschul- und Forschungslaboratorien in Niedersachsen“ und wurde im September 2006 vom Sozialministerium via Informationserlass an die niedersächsischen Gewerbeaufsichtsämter gesendet.

Nach einer eineinhalbseitigen Skizzierung der Hintergründe, des Geltungsbereichs und der Interpretation des Begriffs „Messung“ im Hinblick auf Sinnhaftigkeit und Praktikabilität im gegebenen Kontext werden hierin folgende Handlungsempfehlungen konkret formuliert:

»Bis zum Erlass von entgegenstehenden Regelungen (z. B. „Labor-VSK“) werden zur Erfüllung der geforderten Mess- und Überwachungspflichten daher folgende Eckpunkte festgehalten:

- Die technischen und baulichen Voraussetzungen im Laboratorium entsprechen den „Regeln für Sicherheit und Gesundheitsschutz für Laboratorien“ (GUV-R 120, bisher GUV 16.17) und der TRGS 526 („Laboratorien“).
- Die Arbeiten mit giftigen und sehr giftigen Stoffen sowie mit krebserzeugenden, erbgutverändernden und fruchtbarkeitsgefährdenden Stoffen der Kategorien 1 und 2 erfolgen unter Abzügen, die der DIN 12924 oder der DIN EN 14175 entsprechen und einer turnusmäßigen Prüfung gemäß der Handlungsanleitung des Fachausschusses Chemie unterliegen oder in Einrichtungen, die eine vergleichbare Sicherheit bieten.

Weitere erforderliche Maßnahmen zur Umsetzung der Gefahrstoffverordnung bleiben unberührt.« (IH)

➔ *Herr Dr. H. Linde, Niedersächsisches Sozialministerium,*
hans.linde@ms.niedersachsen.de

Baden-Württemberg

Für die Umsetzung der Gefahrstoffverordnung in den Hochschulen des Landes wurden von den Universitäten in Abstimmung mit dem Wissenschaftsministerium zu den §§ 8-17 Gefahrstoffverordnung Handlungsmodalitäten erstellt. Diese vorgeschlagene

Verfahrensweise bei der Umsetzung der novellierten Gefahrstoffverordnung wurde durch das Wissenschaftsministerium dem baden-württembergischen Vertreter im Bundesratsausschuss Arbeit und Soziales sowie Wirtschaft (im Umweltministerium) vorgelegt – mit der Bitte, die konkret vorgeschlagenen Verfahrensweisen bei der Umsetzung der Gefahrstoffverordnung anzunehmen.

In der Antwort wird der Maßnahmenkatalog als sehr fundiert beurteilt, mit praktikablen Vorschlägen zur Umsetzung der Gefahrstoffverordnung in Universitäten und vergleichbaren Einrichtungen. Hingewiesen wird darauf, dass die vorgeschlagene pragmatische Vorgehensweise nur dann zulässig ist, wenn zuvor eine qualifizierte Unterweisung der Beschäftigten stattgefunden hat.

➔ *Herr Dr. M. Hoffmann, Universität Heidelberg, markus.hoffmann@uni-hd.de;*
Frau C. Müllerschön, Wissenschaftsministerium Baden-Württemberg,
claudia.muellerschoen@mwk.bwl.de

Recht/Regelwerk

Verordnung zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung

Das Bundeskabinett hat am 09.08.2006 die Verordnung zur Vereinfachung der abfallrechtlichen Überwachung beschlossen. „Die heute beschlossene Verordnung basiert auf dem gleichnamigen Gesetz, dem der Bundesrat bereits am 7. April dieses Jahres zugestimmt hatte. Beide Regelungen haben zum Ziel, die abfallrechtliche Überwachung effizienter und zugleich kostengünstiger zu gestalten und damit dauerhaft Bürokratie in diesem Bereich abzubauen. Erstes Ziel ist die Einführung moderner Kommunikationstechniken.“ Gesetz und Verordnung treten zeitgleich am 1. Februar 2007 in Kraft. (Quelle: Pressemitteilung BMU, Nr. 200/06, 09.08.2006)

Für den Vollzug des Kreislaufwirtschafts- und Abfallgesetzes bedeutet dies, dass künftig zahlreiche Optionen zum Abbau von Bürokratie in Einzelbereichen – bis hin zur Aufhebung wenig effizienter Überwachungsinstrumente – ausgeschöpft werden.

Auffälligste Veränderung ist die Einführung moderner Kommunikationstechnik bei der Übermittlung und Speicherung der erforderlichen Überwachungsdaten; hierfür ist auch die elektronische Signatur erforderlich. Bis zum Jahr 2010 wird die EDV-Überwachung flächendeckend eingeführt sein.

Was dies konkret für die praktische Entsorgungslogistik in Hochschulen bedeutet, wird HIS auf dem traditionellen Praxisseminar „Abfallentsorgung in Hochschulen“ im Juni 2007 vorstellen. (jm)

Material

Heise Verlag (Hrsg.): **Energie sparen.** In: **Telepolis special, Nr. 1 (2007), 124 S., 8,50 Euro**



Praxistipps zum Energie sparen und zum Einsatz regenerativer Energien liefert das aktuelle Heft Telepolis special. In der Ausgabe werden u. a. Themen wie

energetische Altbau-Renovierung, energiesparende Elektrogeräte, Heizanlagen, Brennstoffzellen, Nutzung von Umweltwärme, Solaranlagen, Passivhäuser, Biokraftstoffe und Energiepolitik behandelt. Auf der beiliegenden CD sind neben ergänzenden Dokumenten u. a. auch kostenlose Programme zu Lüftung, Wärmebedarfsberechnung, Fotovoltaik-Anlagen, Emissions-Modellen und zum Energieausweis für Gebäude enthalten.

Urteil: Auch wenn in erster Linie Wohnungsbau und private Nutzer angesprochen sind, ist das Heft auch für andere Interessierte besonders empfehlenswert, da es einen sehr anschaulichen Überblick über aktuelle Techniken mit vielen Hinter-

grundinformationen gibt und außerdem auch kritische Fragen verschiedener Technologien beleuchtet.

Eine Inhaltsübersicht findet sich unter [http://www.heise.de/kiosk/special/tp/07/01/\(rp\)](http://www.heise.de/kiosk/special/tp/07/01/(rp))

Länderausschuss für Arbeitsschutz und Sicherheitstechnik (Hrsg.): Leitlinien zum Geräte- und Produktsicherheitsgesetz. LASI-Veröffentlichung - LV 46. Düsseldorf, Mai 2006. ISBN: 3-936415-46-3, 12 S. http://lasi.osha.de/docs/lv_46.pdf



Der LASI hat Mitte 2006 Leitlinien zum GPSG veröffentlicht, die für alle diejenigen, die Produkte in den Verkehr bringen, eine Entscheidungs-

hilfe sein sollen. Die Leitlinien können jedoch im Einzelfall nicht ermessensabhängige Entscheidungen der zuständigen Marktaufsichtsbehörde ersetzen. Die Leitlinien geben die Auffassung der Marktüberwachungsbehörden wieder und werden in der Folge weiterentwickelt.

In den Leitlinien wird u. a. der Anwendungsbereich „Inverkehrbringen selbständig im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung“ konkretisiert und der Begriff „Inverkehrbringen“ überhaupt definiert. HIS hat zum konkreten Hochschulbezug Herrn Dr. Rinze befragt:

Von besonderem Interesse für Hochschulen kann die Frage sein, ob die Hochschulen zu den „wirtschaftlichen Unternehmungen“ zählen oder nicht. Da das Geräte- und Produktsicherheitsgesetz nur dann anzuwenden ist, wenn das Inverkehrbringen von Produkten im Rahmen einer wirtschaftlichen Unternehmung erfolgt, sind auch die darauf basierenden Rechtsverordnungen nicht anzuwenden, wenn dies nicht der Fall ist.

Dies ist – im Gegensatz zur Vergangenheit – heute überprüfungsbedürftig, da die meisten Hochschulen jetzt ihren Ehrgeiz in das Ziel setzen, Einnahmen über die staatliche Alimentation hinaus zu erzielen.

Sie laufen dabei Gefahr, die Privilegien als „nicht wirtschaftliche Unternehmungen“ zu verlieren.

Während die Situation, dass von Hochschulen Produkte zur Erreichung eines wirtschaftlichen Zwecks (siehe § 2 GPSG) an Dritte abgegeben werden („Inverkehrbringen“), in der LV 46 überschaubar dargestellt ist, schaffen die Aussagen zur Herstellung von Produkten für den Eigengebrauch nur eine Scheinerleichterung. Steht dieser Eigengebrauch im Zusammenhang mit einem wirtschaftlichen Zweck, führt der Verweis auf die 9. und 12. GPSGV dazu, dass auch solche Produkte für den Eigengebrauch dem Zwang zur Konformitätserklärung usw. unterliegen.

Abhilfe in vielen Bereichen der Produktherstellung für den Eigengebrauch in Hochschulen kann allerdings die neue Maschinenrichtlinie der EG (2006/42/EG; ABl. L.[2006] 157/24) schaffen. In Art. 1 Abs. 2 Buchst. h werden Maschinen, die speziell für Forschungszwecke konstruiert und gebaut wurden und zur vorübergehenden Verwendung in Laboratorien bestimmt sind, vom Anwendungsbereich der Richtlinie ausgenommen. Damit entfallen Konformitätserklärung und CE-Zeichen. Das bedeutet aber nicht, dass solche Maschinen, Geräte usw. nicht den Sicherheitsbestimmungen z. B. der Betriebssicherheitsverordnung unterliegen müssen. (jm)

HIS: Mitteilungsblatt

Arbeits-, Gesundheits- und Umweltschutz

18. Jahrgang (erstmalig 1989 als HIS Mitteilungsblatt Gefährliche Stoffe und Abfälle in Hochschulen)

Herausgeber:

HIS Hochschul-Informationssystem GmbH
Prof. Dr. M. Leitner

Redaktion:

T. Häfner, I. Holzkamm (ih), J. Müller (jm),
R.-D. Person (rp)

Adresse der Redaktion:

Goseriede 9, 30159 Hannover, Telefon und
Fax: 0511/1220-140, E-Mail: jmueller@his.de

Erscheinungsweise und Bezug:

Vierteljährlich, für Hochschulen und Behörden
im Hochschulbereich kostenfrei.

Internet:

<http://www.his.de/Abt3/Umweltschutz/Infoseite/>

Hinweis gemäß § 33 Bundesdatenschutzgesetz:

Die für den Versand erforderlichen Daten (Name, Anschrift) werden elektronisch gespeichert.